

**Verpflichtung Externer zur Wahrung der Vertraulichkeit und Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

Unternehmen _____

Ihre Mitarbeiter kommen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in der _____

möglicherweise in Berührung mit hochsensiblen personenbezogenen Daten bzw. sind mit der Datenverarbeitung betraut. Sie verpflichten sich, Ihre Mitarbeiter auf die nachfolgenden datenschutzrechtlichen Anforderungen hin zu verpflichten:

1. Es ist untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten. Personenbezogene Daten dürfen daher nur verarbeitet werden, wenn eine Einwilligung bzw. eine gesetzliche Regelung die Verarbeitung erlauben oder eine Verarbeitung dieser Daten vorgeschrieben ist. Die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind in Art. 5 Abs. 1 DS-GVO festgelegt und beinhalten im Wesentlichen folgende Verpflichtungen:

Personenbezogene Daten müssen

- a) auf rechtmäßige Weise und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden;
- b) für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden;
- c) dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“);
- d) sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand sein; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden;
- e) in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist;
- f) in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“).

2. Die Verpflichtung erstreckt sich darüber hinaus auf die Einhaltung folgender Punkte:

- Alle personenbezogenen Daten und Datenverarbeitungsprogramme dürfen nur auf die Weise aufbewahrt, verarbeitet oder weitergegeben werden, wie es von entscheidungsberechtigten Stellen im Wege von Dienstanweisungen angeordnet wird.
- Daten, Programme und andere Informationen dürfen nicht zu einem anderen als dem geschäftsmäßigen Zweck vervielfältigt werden.
- Es ist untersagt, Daten oder Programme zu verfälschen, unechte Daten oder Programme herzustellen sowie vorsätzlich unechte oder verfälschte Daten und Programme zu gebrauchen.
- Es dürfen nur die für die konkrete Aufgabenerfüllung notwendigen Daten abgerufen werden.
- Eine Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte ist nur zulässig, wenn dem Empfänger ein Recht auf Kenntnisnahme aufgrund einer Rechtsvorschrift oder aufgrund einer konkreten Einwilligung des „Betroffenen“ zusteht.
- Unterlagen mit personenbezogenen Daten sind sicher vor dem Zugriff Dritter aufzubewahren.

3. Jede Art, personenbezogene Daten aus dem räumlichen Bereich der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH oder einer Tochter- oder Enkelgesellschaft zu verbringen, ist untersagt, sofern dies nicht ausnahmsweise aufgrund vertraglicher Regelungen oder eines Antrags genehmigt wurde.

Dateiname: FO_Verpflichtung_auf_Datengeheimnis_fuer_externe Unternehmen_04-00
Ersteller: A. Krotz, S. Savic
Freigabe: M.Sontag

Seite: 1 von 2
Erstelldatum: 29.12.2022
Freigabedatum: 01.04.2025
Gültig bis: 30.06.2028

4. Verstöße gegen die Vertraulichkeit können nach Art. 83 Abs. 4 DSGVO, §§ 42, 43 BDSG sowie nach anderen Strafvorschriften mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden. Weiter können Verstöße gegen die Vertraulichkeit Schadensersatzansprüche gemäß Art. 82 DSGVO begründen.
5. Ihre Mitarbeiter verpflichten sich darüber hinaus über ihnen bekannt werdende Daten, Betriebs-/ Geschäftsgeheimnisse und vertrauliche Angelegenheiten Stillschweigen zu bewahren und nicht an Dritte weiterzugeben. Dritte sind auch Familienmitglieder und sonstige der/dem Unterzeichner/in nahestehenden Personen.
6. Diese Verpflichtung ist zeitlich unbegrenzt und besteht über das Ende der Tätigkeit hinaus.
7. Eine Kopie dieser Verpflichtungserklärung wird Ihnen ausgehändigt.

Belehrung über die Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB)

Ihre Mitarbeiter kommen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit mit geheimnisgeschützten Daten von Berufsgeheimnisträgern in Berührung und können daher Kenntnis von solchen geschützten Geheimnissen erlangen.

Ihre Mitarbeiter dürfen sich nur insoweit Kenntnis von fremden Geheimnissen verschaffen, als dies zur Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist. Ferner sind ihre Mitarbeiter verpflichtet, über die ihnen bei Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Geheimnisse Stillschweigen zu bewahren und diese keinesfalls unbefugt Dritten zugänglich zu machen.

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Mitarbeiter nach § 203 Absatz 4 Satz 1 Strafgesetzbuch (StGB) zu verpflichten. Ihre Mitarbeiter machen sich strafbar, wenn sie unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbaren, das ihnen bei Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt geworden ist. Ein Verstoß gegen § 203 Absatz 4 Satz 1 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit erstreckt sich nicht nur auf fremde Geheimnisse, sondern auf alle Tatsachen, die Ihren Mitarbeitern in Ausübung oder aus Anlass ihrer Tätigkeit anvertraut oder bekannt werden.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht gegenüber jedermann, so auch gegenüber Familienangehörigen, gegenüber Arbeitskollegen, soweit eine Offenbarung nicht aus dienstlichen Gründen erforderlich ist, sowie auch gegenüber demjenigen, der von der betreffenden Tatsache bereits Kenntnis erlangt hat.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht auch nach Beendigung der Beauftragung uneingeschränkt und zeitlich unbefristet fort.

Darüber hinaus wird die Verwertung fremder Geheimnisse nach § 204 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Sofern Sie autorisiert sind, in eigener Verantwortung dritte Personen außerhalb des Unternehmens (z. B. Subdienstleister) in die Durchführung der Tätigkeit einzubeziehen und diese im Rahmen ihrer Tätigkeit Kenntnis von fremden Geheimnissen erlangen können, haben Sie dafür Sorge zu tragen, dass auch diese Personen bzw. Subdienstleister unter Belehrung über die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Des Weiteren haben Sie dafür Sorge zu tragen, dass diese Verpflichtungen auch für etwaige Unterbeauftragungen Gültigkeit haben.

Kommen Sie Ihrer Verantwortung zur Weitergabe der Geheimhaltungsverpflichtungen nicht nach, können Sie sich nach § 203 Absatz 4 Satz 2 Nr. 2 StGB strafbar machen, wenn dritte Personen außerhalb des Unternehmens (z. B. Subdienstleister), die Sie eingeschaltet haben, ein ihnen bei Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenes Geheimnis unbefugt offenbaren.

Wir weisen darauf hin, dass im Hinblick auf die Tätigkeit für den Berufsgeheimnisträger ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53a Strafprozessordnung (StPO) besteht. Über das Zeugnisverweigerungsrecht entscheidet der Berufsgeheimnisträger. Kann eine Entscheidung des Berufsgeheimnisträgers nicht in absehbarer Zeit herbeigeführt werden, empfiehlt es sich, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen.

.....
(Unterschrift und Name der/des Verpflichteten)

.....
(Unterschrift der/des Verpflichtenden)

Dateiname: FO_Verpflichtung_auf_Datengeheimnis_fuer_externe Unternehmen_04-00
Ersteller: A. Krotz, S. Savic
Freigabe: M.Sontag

Seite: 2 von 2
Erstelldatum: 29.12.2022
Freigabedatum: 01.04.2025
Gültig bis: 30.06.2028